

Meilensteine auf dem Weg zum Bürokratieabbau

Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) unterstützt erfolgreich Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung bürokratischer Lasten



Mit dem „Programm für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ hat die Bundesregierung 2006 auf die stark gestiegene Kostenbelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern durch staatliche Informationspflichten reagiert. So sollen bis zum Jahr 2011 25 Prozent der durch staatliche Regelungen entstandenen Kosten für die Wirtschaft reduziert werden. „Bei diesem ehrgeizigen Ziel wird die Bundesregierung auch von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) unterstützt“, erklärte deren Präsident Dr. Winfried Materna heute in Dortmund. Die Aufgabe des eigens gegründeten Arbeitskreises „Bürokratiekosten“ bestehe darin, den Bundesministerien zielgerichtete Maßnahmen zur Entlastung von Wirtschaft, Bürgern und Verwaltung zu empfehlen und gleichzeitig die Arbeit des Staatssekretärsausschusses im Bundeskanzleramt und des Normenkontrollrates zu unterstützen. Etliche der AWV-Vorschläge seien z.B. in die Mittelstandsentlastungsgesetze (MEG) I und II übernommen worden, so Materna. Auch an der Einführung des Standardkosten-Modells (SKM), mit dem die Belastungen gemessen werden, sei die AWV beteiligt, u.a. mit einem Controlling-Projekt im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und einem weiteren Forschungsvorhaben zur Abschätzung von Entlastungspotenzialen.

Aktiv unterstützte die AWV 2007 die Bundesregierung beim Abbau von Bürokratie auch durch die Beteiligung an Projekten zum elektronischen Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung. So soll die vom BMWi initiierte Einführung des elektronischen Einkommensnachweises „ELENA“ die bislang verpflichtenden papiernen Einkommensnachweise bei der Beantragung von Sozialleistungen ersetzen, und zwar durch monatliche elektronische Meldungen von Einkommensdaten durch die Arbeitgeber an eine zentrale Datenbank. Mit dem Verfahren „ElsterLohn II“ wird beim Datenaustausch mit der Finanzverwaltung die bisherige Lohnsteuerkarte in Papierform komplett durch ein elektronisches Datenhaltungssystem ersetzt. Das gemeinsam von den Statistischen Ämtern, der AWV sowie namhaften Softwareherstellern entwickelte IT-Verfahren „eSTATISTIK.core“ ermöglicht den Unternehmen, statistische Rohdaten automatisiert zu gewinnen und per Internet an die Statistischen Ämter zu liefern. Diese Verfahren versprechen erhebliche Effizienzgewinne und entlasten Unternehmen und öffentliche Verwaltung deutlich. Dies gilt ebenfalls für das XML-basierte elektronische Übertragungsverfahren „eXTra“, das die AWV gemeinsam mit mehreren Partnern entwickelt. Der Standard ermöglicht es Unternehmen und Verwaltungen in Zukunft, Daten elektronisch zu melden und den Aufwand bei der Etablierung neuer Übertragungsverfahren deutlich zu verringern.

Mit den genannten zentralen Themen konnte die AWV auch 2007 wieder ihre Mittlerfunktion zwischen Wirtschaft und Verwaltung unter Beweis stellen.

Landkreistag legt Ergebnisse der zweiten eGovernment-Umfrage vor

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat im Dezember 2007 seine zweite eGovernment-Umfrage zum Stand des Ausbaus der IT-Infrastruktur in den Landkreisen vorgelegt. Insgesamt zwei Drittel der 313 Landkreise hatten sich an der DLT-Umfrage beteiligt, die in Kooperation mit dem eGovernment-Institut der Universität Potsdam (IfG.CC) durchgeführt wurde.

DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) hob hervor, dass sich in den letzten vier Jahren seit der letzten Umfrage viel getan hätte und die Landkreise ihre Aktivitäten im Bereich eGovernment deutlich verstärkt hätten. Notwendig sei für das Gelingen eine abgestimmte ebenenübergreifende Kommunikationsinfrastruktur. Allerdings dürfe dies nicht bedeuten, z.B. in der Frage der Standardisierung nach Bundeskompetenzen zu rufen, vielmehr sollte eine enge Verzahnung zwischen Landkreisen und Ländern angestrebt werden. Hier müssten die organisatorischen Vorzüge der Landkreise als Ebene zwischen Ländern und Gemeinden bestmöglich genutzt werden.

Zentrale Ergebnisse der Studie sind:

1. Die große Mehrheit verfügt über ein ausformuliertes eGovernment-Konzept und bezieht bei der Planung ihrer

Strategien die kreisangehörigen Gemeinden ein und/oder arbeitet mit anderen Landkreisen – auch länderübergreifend – zusammen.

2. Mehr als 42 % der Kreise unterhalten ein eigenes Kreisnetz. Das ist eine Steigerung um 6 % im Vergleich zu 2003. Über 98 % der Kreise verfügen über einen Zugang zum Landesnetz.
3. Primärer Zugangskanal für öffentliche Leistungen sind Portale. Bürgerbüros und mobile Lösungen spielen eine kleinere Rolle.
4. Standardisierungen im Bereich der Datenaustauschformate sind für die Landkreise von großer Bedeutung. Allerdings stehen viele Befragte der Möglichkeit, damit verbundene Kompetenzen auf den Bund bzw. die Länder zu verlagern, skeptisch gegenüber.
5. Zur einheitlichen Behördenrufnummer „115“ erklärt die Hälfte der Landkreise, teilweise über Infrastrukturen zu verfügen, über die die Bürger fachbereichsübergreifend Anfragen stellen und Verwaltungsvorgänge erledigen können.
6. Fast 57 % der Kreise sind bereit, ein Servicecenter zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können.

Eine Zusammenfassung der Studie ist zu finden unter: www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/presstexte/presstexte-2007/pt-07-12-10a-zusumfrage.pdf

Fachtagung Verwaltungsinformatik FTVI 2008

eGovernment – Vision und Baustelle

10. und 11. April 2008
Universität Potsdam

www.ftvi.de

Wo steht eGovernment heute? Was sind die Herausforderungen der Gegenwart? Wie lässt sich eGovernment optimieren und weiterentwickeln? Wie sieht die mittelfristige Perspektive aus?

Diese Fragestellungen werden diskutiert in Themen u.a. zu:

- Akzeptanz durch Nutzer, Bürgerinnen und Bürger
- Shared Services
- Demographischer Wandel
- Sicherheit und Verlässlichkeit
- Interoperabilität
- eGovernment-Strategie und Verwaltungsmodernisierung

Ausgewählte Referentinnen und Referenten aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Wissenschaft und dem Beratungsbereich analysieren ihre Erfahrungen, zeigen Umsetzungsstrategien auf und ermöglichen so einen richtungweisenden Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Veranstalter:



Gesellschaft für Informatik e.V.
Fachausschuss für Verwaltungsinformatik



Redaktionsanschrift:

Prof. Dr. **Veith Mehde** (V.i.S.d.P.), Juristische Fakultät der Leibniz
Universität Hannover
Königsworther Platz 1 | 30167 Hannover
Tel. (0511) 762 - 8206 | Fax (0511) 762 - 19106
E-Mail: mehde@jura.uni-hannover.de | www: <http://www.verwaltungsmangement.de>

Redaktionsassistentin (Satz und Layout):

Heidrun Müller, Institute for eGovernment (ifG.CC) an der Universität
Potsdam

Druck und Verlag:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | D-76530 Baden-Baden
Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

Anzeigen:

sales friendly Verlagsdienstleistungen | Siegburger Str. 123 | 53229 Bonn
Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820
E-Mail: roos@sales-friendly.de

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Erscheinungsweise: sechsmal jährlich

Bezugspreise:

Jahresabonnement 2008 (Normalpreis, Studentenpreise): 126,- Euro*, Einzelheft 25,- Euro. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten; Kündigung jeweils drei Monate zum Kalenderjahresende. Bestellungen nehmen entgegen: der Buchhandel und der Verlag. Zahlungen jeweils im Voraus an: Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 73636-751 (BLZ 660 100 75) und Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266 (BLZ 662 500 30).
ISSN 0947-9856

* Preis inkl. MwSt., zzgl. Vertriebs-/Direktbeorderungsgebühren Inland (7,70 Euro/2,14 Euro) 9,84 Euro.